

V0077/25

Harmonisierung des Ingolstädter Klimaziels mit den deutschen und bayerischen Zielen
-Ergänzungsantrag zu V0775/24 der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 29.01.2025-

Antrag:

Die Stadtratsgruppe FDP/JU stellt folgenden Änderungsantrag:

Das Ingolstädter Klimaziel (Klimaneutralität) wird an das der Bundesrepublik Deutschland angeglichen, mit Zwischenzielen (Transformationspfad) ausgestattet und mit einem Monitoring hinterlegt.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	05.02.2025	Vorberatung
Stadtrat	26.02.2025	Entscheidung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 05.02.2025

Der Dringlichkeitsantrag der FW-Stadtratsfraktion V0775/24, die Stellungnahme der Verwaltung V0012/25 und der Ergänzungsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0077/25 werden gemeinsam behandelt.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass der Fortschrittsbericht zum Klimaziel 2035 planmäßig für den Sommer 2025 vorbereitet werde. Dementsprechend könne man aus der heutigen Diskussion bestehende Fragestellungen seitens der Stadtratsmitglieder aufnehmen und in die Erstellung des Berichts einfließen lassen. Es gebe viele Gründe dafür, warum das Klimaschutzziel der Stadt Ingolstadt so ambitioniert sei. Zum einen sei es natürlich die Verantwortung, die man angesichts des bestehenden Klimawandels gegenüber nachfolgenden Generationen und der Schöpfung habe. Aber es sei auch die Verantwortung gegenüber Ingolstadt als starkem Wirtschaftsstandort, um auch in Zukunft Wohlstand und Innovationsfähigkeit zu sichern. Durch das Erreichen des ambitionierten Klimaschutzziels trage man auf der anderen Seite auch dazu bei, den Wissenschaftsstandort in Ingolstadt zu diversifizieren. So habe man gerade in den letzten Jahren beobachten können, dass nicht nur über den Automobilsektor die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung gesucht werde, sondern auch über den vielfältigen Nachhaltigkeitsbereich. Im Folgenden geht Bürgermeisterin Kleine anhand einer PowerPoint-Präsentation konkret auf die Gründe ein, warum Ingolstadt sein Klimaziel erreichen könne. Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadtrat Böttcher begrüßt es, dass zu diesem Tagesordnungspunkt auch der Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt, Herr Bolle, eingeladen worden sei. Da es sich beim Klimaschutzziel 2035 doch um ein umfangreiches Thema handle, könne Herr Bolle sein umfangreiches Wissen als Geschäftsführer mit in die Diskussion einfließen lassen. Stadtrat Böttcher erwähnt, dass die FW-Stadtratsfraktion hinsichtlich des ambitionierten Klimaschutzziels eine glaubwürdige Politik betreiben möchte. An dieser Stelle betont er, dass sich die FW-Stadtratsfraktion durchaus für das Erreichen der Klimaneutralität einsetze. Allerdings sei man der Meinung, dass die Erreichung dieses Ziels bis zum Jahr 2035 einfach nicht der Realität entspreche, sondern etwas länger dauern werde. Darüber hinaus müsse

man hierfür erst einmal die entsprechend notwendigen Finanzen in den Haushalt einstellen. Dabei mache es schon einen Unterschied, ob man die Ausgaben erst in zehn oder 20 Jahren bewältigen müsse. Andererseits müsse man sich auch mit der Frage beschäftigen, ob für das Erreichen des Klimaschutzziels in der angedachten Zeit überhaupt die Kapazitäten bei den Stadtwerken Ingolstadt und bei externen Dienstleistern zur Verfügung stehen. Zudem habe Herr Bolle schon einmal geäußert, dass das größte Problem auf dem Weg zur Erreichung der Klimaneutralität in der Stadt Ingolstadt die Wärme sei. Deshalb möchte Stadtrat Böttcher insbesondere in Erfahrung bringen, wie viele Haushalte schlussendlich eine Wärmepumpe benötigen werden.

Stadtrat Dr. Meyer ist der Ansicht, dass es für das Erreichen der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 für Ingolstadt keine Strategie, keine Systematik und keinen Transformationspfad gebe. Insofern sehe die Ausschussgemeinschaft FDP/JU das Klimaschutzziel 2035 als ein politisches Ziel, zu dem es keine zielführende Systematik gebe. Der ausschlaggebende Punkt in der Debatte um das Klimaschutzziel 2035 sei es, wie viel mehr Geld man investieren solle, um früher ein Ziel zu erreichen, das der Stadt wenig bringe. In der vorliegenden Stellungnahme des Klimabeirates heiße es, dass die Einhaltung des Ziels bis 2035 nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch ökonomisch sinnvoll sei. Diese Aussage des Klimabeirates hält Stadtrat Dr. Meyer für falsch. Er bezweifle, dass die Einhaltung des Ziels ökologisch notwendig sei, da man mit der Europäischen Union eine starke Kraft in Europa habe, Klimaschutz zu betreiben. Andererseits werde man durch die europäische Gesetzgebung bei gewissen Thematiken aber natürlich auch ausgebremst. Stadtrat Dr. Meyer erklärt, dass der maßgebliche Faktor für die CO₂-Minderung der europäisch aufgesetzte Emissionshandel sei. Nach den Worten von Bürgermeisterin Kleine handle es sich bei der CO₂-Minderung um einen wesentlichen Baustein zur Erreichung der Klimaneutralität. Stadtrat Dr. Meyer hebt diese Systematik deshalb hervor, da sie in der Stellungnahme des Klimabeirates überhaupt keine Erwähnung gefunden habe. Beim Emissionshandel werde jede Tonne an CO₂, die man beispielsweise in Deutschland einspare, über Zertifikate anderswo in Europa bis zum Jahr 2050 emittiert. In der letzten Woche habe man den Medien entnehmen können, dass die Flugbewegungen im Jahr 2024 so zahlreich wie noch nie in der Geschichte der Menschheit gewesen seien. Stadtrat Dr. Meyer ist der Ansicht, dass dieser Trend bis zum Jahr 2050 weiteranhalten werde, da alle CO₂-Zertifikate, die man sich in Deutschland einspare, in anderen Ländern zum Beispiel eben für den Flugverkehr verwendet werden. Deshalb könne er der Aussage des Klimabeirates hinsichtlich der ökologischen Notwendigkeit nur wenig abgewinnen, da man bei der Erreichung der Klimaneutralität nur europäisch vorankomme. Insofern mache sich die Stadt Ingolstadt die Arbeit mit dem städtischen Klimaschutzziel 2035 nur schwerer und vor allem auch teurer. Darüber hinaus bezweifelt Stadtrat Dr. Meyer, dass die Einhaltung des städtischen Klimaschutzziels 2035 auch ökonomisch sinnvoll sei. Die Einnahmen aus dem bereits erwähnten Emissionshandel fließen in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) der Bundesrepublik Deutschland. Wenn man davon ausgehe, dass aus diesem Fonds in den nächsten 20 Jahren Klimamaßnahmen in ganz Deutschland finanziert werden, dann würde man als Stadt Ingolstadt über den Klima- und Transformationsfonds als Umverteilungstopf entsprechende Maßnahmen in ganz Deutschland mitfinanzieren, ohne davon gleichberechtigt zu profitieren. Dieses Vorgehen hält Stadtrat Dr. Meyer für ökonomisch falsch. Von daher sei es das Sinnvollste, stets auf dem Transformationspfad zu bleiben. Dass es für den Einzelnen, aber auch für die Kommune immer sinnvoll sei, auf dem Transformationspfad zu bleiben, habe Herr Bolle auch im Dezember 2024 in einer ähnlichen Art und Weise bestätigt, erwähnt Stadtrat Dr. Meyer. Hierbei habe sich Herr Bolle im DONAUKURIER zur Frage der Heizungsumrüstung zitieren lassen, dass der Einzelne nur dann etwas tun müsse, wenn dies auch unabdingbar sei und man keinen vorausseilenden Gehorsam an den Tag legen müsse. Wenn dies für den Einzelnen gelte, dann könne es auch für die Stadt Ingolstadt nicht von Nachteil sein, den Transformationspfad zu befolgen. Von daher spricht sich die Ausschussgemeinschaft FDP/JU dafür aus, dass sich die Stadt Ingolstadt an die Klimaziele von Freistaat und Bund anschließen und bis zum Jahr 2045 die Klimaneutralität anstreben sollte.

Herr Bolle führt aus, dass es sich beim Erreichen der Klimaneutralität um ein sehr komplexes sowie ambitioniertes Feld handle. Dabei sei es immer ein müßiges Thema, über Jahreszahlen zu streiten. Herr Bolle ist der Meinung, dass es sich beim städtischen Klimaschutzziel 2035 um ein ambitioniertes Ziel handle, das schwer zu erreichen sei. Allerdings schließe er nicht aus, dass man es nicht doch erreichen könnte. Beim Thema der Klimaneutralität müsse man immer die technischen und finanziellen Aspekte sowie den gesetzlichen Rahmen berücksichtigen. Die geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen würden derzeit allerdings noch zu Problemen führen. In der Wärmeplanung habe man aufgezeigt, dass man ein sehr großes Prüffeld vorliegen habe. Im Bereich des Gasnetzes befasse man sich beispielsweise mit der Frage, ob man das bestehende Netz auf die Versorgung mit Wasserstoff umrüsten oder es komplett stilllegen sollte. Bei einer Stilllegung des Gasnetzes müssten die Bürgerinnen und Bürger dann auf eine Wärmepumpe umstellen. Herr Bolle erklärt, dass sich das Wasserstoff-Kernnetz derzeit in der Planung befinde und man mit einer ersten Fertigstellung im Jahr 2032 rechne. Ob man den Wasserstoff dann bis zum Jahr 2035 in die Verteilnetze der Stadtwerke Ingolstadt hineinbekomme, könne man derzeit noch nicht garantieren. Aufgrund der fehlenden gesetzlichen Grundlage dürfe man zum aktuellen Zeitpunkt allerdings auch keine Gasnetze stilllegen. In der Stadtratssitzung vom 22.10.2024 habe man gesagt, dass man sich im Jahr 2025 hinsichtlich des Themas Transformationsplanung auf den Weg machen möchte. Die Stadtwerke Ingolstadt haben unmittelbar nach dieser Stadtratssitzung einen Antrag zur Förderung der sogenannten Wärmetransformationsplanung beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingereicht. Bis zum jetzigen Zeitpunkt liege allerdings noch kein entsprechender Förderbescheid vor, teilt Herr Bolle mit. Sobald dieser vorliege, werde man im Bereich der Wärme unmittelbar damit beginnen, die Themen Netz- und Erzeugungskonzept mit einer intensiven Planung zu unterlegen. Nach Abschluss dieser Planungen könne man dann konkrete Zahlen vorstellen, wie viel die Wärmetransformation am Ende kosten werde. Hinsichtlich der Bereitstellung der für diese Transformation notwendigen Finanzmittel werde man parallel dazu in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Ingolstadt ein Finanzierungskonzept erarbeiten müssen. Dieses Konzept müsse dann natürlich auch der aktuellen Haushaltslage der Stadt Ingolstadt Rechnung tragen. Herr Bolle betont, dass man hierbei nicht nur über Fremdmittel diskutieren werde. Man müsse auch darüber beraten, woher die Stadtwerke Ingolstadt und die Minderheitsgesellschafter die entsprechenden Eigenmittel herbekommen, wenn die Stadt Ingolstadt diese nicht zur Verfügung stellen könne. Die Ergebnisse aus der Wärmetransformationsplanung könne man dem Stadtrat aller Voraussicht nach im Herbst beziehungsweise Winter 2025 zusammen mit den fundierten Zahlen vorstellen. Danach werde es beim weiteren Vorgehen darum gehen, politisch die entsprechenden Karten zu legen, da es vor allem bei der Finanzierung vielleicht auch um Strukturdiskussionen gehen werde. Herr Bolle würde nicht so weit gehen, das Erreichen des Klimaschutzziels 2035 kategorisch auszuschließen. Stattdessen sollte man den Stadtwerken Ingolstadt etwas mehr Zeit geben, damit sie mehr Informationen zu dieser Thematik beschaffen und so konkretere Aussagen treffen könne. Zumal Herr Bolle die Hoffnung habe, dass man am Ende des Jahres 2025 mit einer neuen Bundesregierung auch etwas mehr Klarheit über die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben werde.

Bürgermeisterin Kleine erwähnt, dass der Bau von Fernwärmeleitungen im Vergleich zu Stromleitungen teurer sei. Dies könnte bedeuten, dass wenn man das Heizen erneuerbar sowie bezahlbar machen möchte, man vermehrt auf Wärmepumpen statt auf das Fernwärmenetz setzen könnte. Bürgermeisterin Kleine gibt zu bedenken, dass auch solch eine unternehmerische Entscheidung bei dieser Thematik hinzukommen könne. Im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung habe man im letzten Jahr entsprechende Eignungsgebiete definiert. Rückfragen bei der Stadtwerke Ingolstadt Netze GmbH haben nun ergeben, dass nicht jedes Eignungsgebiet später auch zu einem Ausbaugebiet werde. Die tatsächliche Entwicklung zeige, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger nicht auf die Fernwärme warten möchten, sondern direkt auf eine Wärmepumpe setzen. Allerdings könne man diese Abwägungen erst wirklich treffen, wenn die ersten Ergebnisse der

Machbarkeitsuntersuchungen vorliegen. Zumal man bei dem von Herrn Bolle angesprochenen Transformationspfad auch noch auf ganz andere Wege kommen könne, als man sich nun im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung strategisch überlegt habe. Dies sei allerdings auch das Ziel eines Wärmeplans, in einer zweiten Stufe konkreter zu werden, damit man in einer dritten Stufe dann über die Finanzierung sprechen könne.

Es sei sehr lobenswert, dass man nun endlich in eine Planung einsteige, entgegnet Stadtrat Dr. Meyer. An Herrn Bolle gewandt möchte er in Erfahrung bringen, ob er es richtig verstanden habe, dass man den Ingolstädter Transformationspfad anstatt auf die bundesdeutsche Klimaschutzgesetzgebung mit allen Förderleistungen, die auch aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) kommen, auf ein durch den Stadtrat gegebenes politisches Ziel ausrichte.

Herr Bolle erwähnt, dass man bei sämtlichen Berechnungen zu dieser Thematik in Szenarien denke. Insofern rechne man sowohl mit dem städtischen Klimaschutzziel 2035 als auch mit dem Klimaschutzziel 2045 von Freistaat und Bund. Darüber hinaus müsse klar sein, dass die Geschwindigkeit den Preis bestimme. Dies bedeute, dass man mehr Geld in die Hand nehmen müsse, wenn man die Versorgung mit erneuerbarer Energie schneller ausbauen möchte. Aufgrund eines schnelleren Ausbaus sei man deshalb als Stadtwerke Ingolstadt dann gezwungen, höhere Preise von den Endverbrauchern zu verlangen. Im Bereich der Wärmeversorgung könne man eine solche Preiserhöhung vielleicht noch mehr vertreten. Bei der Stromversorgung gibt Herr Bolle zu bedenken, dass man in diesem Bereich an vielen Stellen im Wettbewerb stehe und durch höhere Preise auch den Druck erhöhe. Wenn man sich allerdings auf den Ausbau der Stromversorgung fokussiere, verlagere man das Problem ein Stück weit hin zu den Bürgern, da ein Großteil der Investitionen dann nicht mehr bei den Stadtwerken Ingolstadt stattfinden werden, sondern beim Gebäudeeigentümer und damit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Zwar sei es richtig, dass der Bau von Stromleitungen billiger sei als bei der Fernwärme, aber dadurch werde im Umkehrschluss der Umbau im Gebäude für die Eigentümer teurer. Momentan würden Wärmepumpenlösungen im Schnitt zwischen 40.000 Euro und 60.000 Euro ohne die notwendigen Umbaumaßnahmen im Gebäude kosten. Bei der Fernwärme leisten hingegen die Stadtwerke Ingolstadt die komplette Vorleistung, sodass man im Gebäude fast nichts mehr tun müsse. Aus diesem Grund sei es der Anspruch der Stadtwerke Ingolstadt, so viel wie möglich an Fernwärme mit eigener Wertschöpfung umzusetzen, damit die Belastung bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu hoch werde.

Herr Dr. Schweiger, Vertreter des Klimabeirats der Stadt Ingolstadt, führt aus, dass man sich Ziele setze, um die Zukunft in einer gewissen Weise zu strukturieren. Außerdem sei es unglaublich motivierend, sich ein Ziel zu setzen, von dem man nicht genau wisse, ob man es erreichen könne. Dieser Umstand führe auch dazu, dass man Leute für eine Sache gewinnen könne. Insofern ist Herr Dr. Schweiger der Meinung, dass man sich durchaus ambitionierte Ziele setzen müsse. Wenn es um ökonomische Verwertbarkeit gehe, dann erlebe man derzeit in der Ökonomie auch eine Normalisierung der Nachhaltigkeit. Wenn man über das Thema der Zertifikate-Regelung spreche, dann müsse man auch wissen, welchen Geist diese Regelung atme. Herr Dr. Schweiger erklärt, dass sich die Zertifikate über die Zeit hinweg verknappen. Dadurch sollen die Gesellschaft, die Unternehmen und die Politik zu mehr Klimaschutz und Innovationen angetrieben werden. Des Weiteren kenne er einige Leute, die sich eine Wärmepumpe aufgrund von ökonomischen Erwägungen angeschafft haben. Diese Entscheidung habe dabei allerdings relativ wenig mit Gehorsam zu tun gehabt. Zumal Herr Dr. Schweiger auch gar nicht wüsste, wem man in dieser Sache gegenüber gehorsam sein sollte. Darüber hinaus koste es wahnsinnig viel Geld, wenn man sich nicht für den Klimaschutz einsetze. Diese Auswirkungen habe man bereits und werde man noch deutlich spüren. Dies werde dazu führen, dass man sich im Gegensatz zur aktuellen Zeit in Zukunft nachhaltig verhalten müsse. Ansonsten werden die Folgen so unglaublich teuer, dass man sich das alles gar nicht mehr leisten könne.

Von den Stadtwerken Ingolstadt habe man in der bisherigen Debatte gehört, dass man derzeit an einer Machbarkeitsstudie zu dieser Thematik arbeite, erwähnt Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Insofern könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Zahlen vorstellen. Von daher könne man zwar in der heutigen Ausschusssitzung noch ausführlich über dieses Thema diskutieren, aber neue Erkenntnisse werde man hierzu trotzdem nicht gewinnen. Deshalb ist für Oberbürgermeister Dr. Scharpf der Ansicht, dass die Frage über das Beibehalten des Klimaschutzziels 2035 weder in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit noch in der nächsten Stadtratssitzung entscheidungsreif sei.

Stadträtin Leininger findet es bemerkenswert und auch nicht ganz fair, dass im vorliegenden Antrag der FW-Stadtratsfraktion zum Klimaschutzziel 2035, dem der Stadtrat mit großer Mehrheit zugestimmt habe, plötzlich nach zweieinhalb Jahren mit solchen Begrifflichkeiten hantiert werde. Mit dieser Wortwahl werden die seit dieser Zeit erarbeiteten Grundlagen wie beispielsweise die kommunale Wärmeplanung oder auch das Klimaanpassungskonzept in gewisser Weise weggewischt und negiert. Gleichzeitig werde im vorliegenden Antrag der FW-Stadtratsfraktion gefordert, dass man für diese Thematik mehr Zeit benötige, da man nicht schnell genug vorankomme. Stadträtin Leininger führt aus, dass man beim Thema der Erreichung der Klimaneutralität natürlich auch stark mit ökonomischen Argumenten konfrontiert werde. Hierzu benötige man noch konkrete Zahlen, die von den Stadtwerken Ingolstadt bis zum Ende des Jahres vorgelegt werden sollen. Mit einem solchen Zahlenwerk habe man dann die Möglichkeit, zu erörtern, was man bis zum Jahr 2035 und was man bis zum Jahr 2045 erreichen könne. An Stadtrat Dr. Meyer gewandt erklärt Stadträtin Leininger, dass es bei dieser Thematik unerlässlich sei, europäisch zu denken und lokal zu handeln. Insofern sei es wichtig, dass man auf dem von Stadtrat Dr. Meyer beschriebenen europäischen Pfad bleibe. Mittlerweile habe auch jeder die Systematik hinter dem Emissionshandel verstanden. Jedoch handle es sich bei diesem Pfad lediglich um den maximal möglichen Konsens. Von daher sei es nicht verboten, auf dem Weg zur Klimaneutralität schneller zu sein, um mögliche ökonomische Vorteile zu gewinnen. In diesem Zusammenhang sieht die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Stadt Ingolstadt als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort enorme Potenziale, die man aktiveren könne. Stadträtin Leininger berichtet, dass man derzeit global gesehen eine Wiederkehr der fossilen Brennstoffe erlebe. Trotzdem besitze man weiterhin die Freiheit, aus diesen fossilen Wertschöpfungsketten auszusteigen und dem bereits vorgezeichneten Pfad weiter zu folgen. Stadträtin Leininger ist der Meinung, dass man in Ingolstadt gute Voraussetzungen habe. Deshalb sollte man das städtische Klimaschutzziel 2035 nicht schon nach zweieinhalb Jahren wieder aufgeben. Zumal sich der Mensch ihrer Ansicht nach erst aufgrund eines ambitionierten Ziels auf den Weg mache.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld führt aus, dass das Jahr 2035 auch in Wirtschaftskreisen diskutiert werde. In Ingolstadt habe man die Situation, dass der größte Arbeitgeber, die Audi AG, bereits seit letztem Jahr bilanziell CO₂-neutral produziere und sich nun im Rahmen seiner Mission:Zero Strategie aufmache, dies auch physikalisch umzusetzen. Darüber hinaus habe die IFG AöR zusammen mit der Audi AG mit der Sanierung des incampus das größte Umweltschutzprojekt Bayerns durchgeführt. Auch die Energieinfrastruktur sei dort so angelegt worden, dass man den incampus als Null-Energie-Campus betreiben könne. Dies bedeute, dass man im Zuge der Ansiedelung von Firmen mit dem incampus in die Nähe eines Energiecampus kommen werde. Des Weiteren gebe es eine hinreichende Zahl von maßgeblichen Wirtschaftsakteuren, die Maßnahmen umsetzen und Ziele verfolgen, die nicht im Widerspruch zum Jahr 2035 stehen. Insofern müsse man sich fragen, warum man diese Jahreszahl als Ziel aufgeben sollte, wenn es viele in der Wirtschaft gebe, die darauf hinarbeiten. Aus dem vorliegenden Antrag der FW-Stadtratsfraktion könne man den Satz entnehmen, dass Ingolstadt derzeit zwar einen Wunsch, aber keinen Plan habe. Herr Prof. Dr. Rosenfeld berichtet, dass man für die IFG AöR eine CO₂-Bilanz habe erstellen lassen. Im Zuge dessen habe man auch für das Existenzgründerzentrum unter Einsatz von Fördermitteln eine Energieberatung durchführen lassen. Als Ergebnis sei hierbei

herausgekommen, dass man das 25 Jahre alte Gebäude, in dem das Existenzgründerzentrum untergebracht sei, gerne energetisch sanieren würde. Von daher habe man zwar den Wunsch zu sanieren, dieser sei aber nicht im Haushaltsplan enthalten. Also habe man einen Wunsch, aber keinen dafür Plan. Deshalb müsse man nun zusammen mit dem Verwaltungsrat der IFG AöR und dem Stadtrat darauf hinarbeiten, dass man diesen Sanierungswunsch auch vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung in den Haushaltsplan entsprechend integrieren könne. Angesichts dessen stellt Herr Prof. Dr. Rosenfeld die rhetorische Frage, ob man einen Plan habe, wenn man den Wunsch aufgeben. Er ist der Meinung, dass man sich darauf konzentrieren sollte, die Maßnahmen konkret voranzubringen. Es sei auch nicht zwingend erforderlich in hierarchischen Strukturen auf allen Ebenen dasselbe Ziel zu formulieren. Wenn man beispielsweise in einem Unternehmen ein übergeordnetes Ziel erreichen möchte, dann müsse man dieses auf den untergeordneten Einheiten herunterbrechen und für diese schärfer formulieren. Wenn der Bund sein Klimaschutzziel auf das Jahr 2045 und die Stadt Ingolstadt ihr Klimaschutzziel auf das Jahr 2035 auslege, dann würde dies diesen hierarchischen Aspekt widerspiegeln. Herr Prof. Dr. Rosenfeld plädiert dafür, dass man bei dieser Thematik nun ins Handeln kommen und nicht die Energie darauf verschwenden sollte, philosophisch über die Jahreszahl zu diskutieren.

Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der FW-Stadtratsfraktion sei schon sehr eigenartig, wenn man bedenke, dass der Stadtrat vor zweieinhalb Jahren fast einstimmig mit den Stimmen der FW-Stadtratsfraktion beschlossen habe, dass die Stadt Ingolstadt mit dem Klimaschutzziel 2035 eine Vorreiterrolle einnehmen solle, betont Stadtrat Dr. Schuhmann. Vor allem erlebe man als Stadtrat der Stadt Ingolstadt momentan recht schmerzhaft, was es bedeute, wenn man Dinge wie beispielsweise Schulbauten oder auch die Sanierung des Stadttheaters verschieben müsse. Es sei ein Zeichen der Mutlosigkeit, wenn man als Stadtrat einem Ziel zustimme und dieses gleich nach den ersten Schwierigkeiten wieder aufgeben möchte. Jedoch sollte der Stadtrat auch in dieser Angelegenheit viel mehr Optimismus ausstrahlen, so Stadtrat Dr. Schuhmann. Wenn man sich die Begründung zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag der FW-Stadtratsfraktion durchlese, dann sei der Inhalt nicht nur irritierend, sondern auch völlig unangemessen. Für Stadtrat Dr. Schuhmann strahle deshalb der vorliegende Dringlichkeitsantrag viel mehr den Charakter einer Wahlkampfbroschüre aus, die die bereits bestehende Glaubwürdigkeit beim Thema der Klimaneutralität innerhalb der Bevölkerung zerstöre. Deshalb bittet er die FW-Stadtratsfraktion dringend darum, bei solch entscheidenden und wichtigen Dingen in Zukunft etwas mehr über die Auswirkungen eines solchen Antrags nachzudenken, bevor man ihn einreicht. Stadtrat Dr. Schuhmann teilt mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion den Dringlichkeitsantrag der FW-Stadtratsfraktion ablehnen und der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung folgen werde.

Stadtrat Achhammer berichtet, dass man das vorliegende Thema intensiv innerhalb der CSU-Stadtratsfraktion diskutiert habe. Hierbei habe sich herausgestellt, dass man dem Dringlichkeitsantrag der FW-Stadtratsfraktion und dem Ergänzungsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU durchaus etwas abgewinnen sowie gewisse Sympathien dafür entwickeln könne. Nichtsdestotrotz möchte die CSU-Stadtratsfraktion diesen beiden Anträgen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht zustimmen. Stadtrat Achhammer ist der Meinung, dass man sich mit einer solchen Entscheidung noch Zeit lassen sollte, bis man weitere Informationen zu diesem Thema erhalten habe. Die CSU-Stadtratsfraktion möchte, dass zum angekündigten Fortschrittsbericht im Sommer 2025 entsprechend effiziente Zahlen zum Haushalt sowie aber auch Einsparpotenziale zu dieser Thematik vorgelegt werden. Ansonsten müsse sich die CSU-Stadtratsfraktion überlegen, wie man insgesamt mit dem Stadtratsbeschluss vom 02.06.2022 zum Klimaschutzziel 2035 umgehe. Stadtrat Achhammer erwähnt, dass der CSU-Stadtratsfraktion die Darstellung des konkreten Wegs zur Erreichung der CO₂-Neutralität noch fehle. Zwar möchte man dieses Ziel erreichen, allerdings sei dies äußerst schwierig. Zumal man nach der Ansicht der CSU-Stadtratsfraktion bei diesem Thema noch etwas mehr in die Umsetzung kommen sollte.

Bürgermeisterin Kleine erwähnt, dass neben den Unternehmen aktuell die Bürgerschaft und die Stadtwerke Ingolstadt die Akteure der Umsetzung der Klimawende seien. Tatsächlich könne eine Kommune durch ihr eigenes Handeln das Klimaziel nur zu etwa 20 Prozent beeinflussen. Hierbei handle es sich auch um Förderprogramme, mit denen eine Kommune die Umsetzung der Klimawende unterstützen könne. Alles andere sei eine gesamtgesellschaftliche Veränderung in der Stadt, erklärt Bürgermeisterin Kleine. Insofern bestehe der Weg zur Klimaneutralität einerseits zum Teil aus Investitionen in beispielsweise den Nahverkehr, die Elektrifizierung oder auch in die Erstellung von Radwegen. Auf der anderen Seite bestehe der Pfad darin, die Gesellschaft im Handlungsfeld des Klimaschutzes mitzunehmen und zu motivieren. Insofern handle es sich bei der Erreichung der Klimaneutralität um eine gemeinschaftliche Aufgabe, zu der man unbedingt auch den Transformationspfad der Stadtwerke Ingolstadt benötige. Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass die Verwaltung die Anmerkungen von Stadtrat Achhammer hinsichtlich des Fortschrittsberichts aus der heutigen Ausschusssitzung mitnehmen werde.

Stadtrat Bannert berichtet, dass die vorliegende Stellungnahme des Klimabeirats in der letzten Sitzung des Gremiums erarbeitet und einstimmig angenommen worden sei. Bei dieser Stellungnahme handle es sich um einen Richtungshinweis, der vom Klimabeirat an den Stadtrat gegeben werde. Stadtrat Bannert weist darauf hin, dass man den Klimabeirat deshalb eingerichtet habe, damit dieser dem Stadtrat und der Stadtverwaltung sachliche Stellungnahmen zum Themenbereich des Klimaschutzes vorlege. Darüber hinaus ist er der Ansicht, dass es nicht gut sei, wenn man den Klimaschutz schlecht rede. Stadtrat Bannert betont, dass er zu diesen Personen nicht dazugehöre. Am 02.06.2022 habe der Stadtrat den Beschluss gefasst, die Erreichung des Klimaziels 2035 zu versuchen. Er habe kein Verständnis dafür, dass dieses beschlossene Ziel nun zweieinhalb Jahre später plötzlich negativ geredet und infrage gestellt werde. Auch wenn es nun bei diesem Thema schwierig werde, sollte der Stadtrat trotzdem zu seinem Beschluss stehen. Vielleicht erreiche man das Klimaziel 2035 auch nicht, aber man sollte es auf jeden Fall versucht haben. Das Entscheidende sei, dass man sich dann als Stadtrat und Stadtverwaltung keine Vorwürfe machen könne, man hätte es nicht versucht. Darüber hinaus sollte man bei dem Themenbereich des Klimaschutzes nicht immer nur das Negative, sondern auch einmal versuchen, das Positive darzustellen. Des Weiteren verwundert es Stadtrat Bannert, dass ausgerechnet die Junge Union einen Ergänzungsantrag gestellt habe, der sich gegen das Klimaziel 2035 ausspreche. Gerade die Junge Union sollte getreu ihrem Namen eigentlich die Belange der jungen Menschen vertreten und für die Zukunft sein. Stadtrat Bannert teilt mit, dass er der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen werde.

Stadtrat Böttcher betont, dass die FW-Stadtratsfraktion natürlich den Klimawandel sehe und diesen in keiner Weise leugne. Deshalb sei die Klimaneutralität auch das angestrebte Ziel der FW-Stadtratsfraktion. Allerdings ist man der Meinung, dass man dieses Ziel nicht bis zum Jahr 2035 schaffen werde. Stadtrat Böttcher erwähnt, dass es bei diesem Thema um eine glaubwürdige Politik gehe. In der vorliegenden Beschlussvorlage schreibe die Verwaltung, dass man bei einer Aufgabe des Klimaziels 2035 nicht mehr glaubwürdig sei. Stadtrat Böttcher stellt angesichts dessen die Frage in den Raum, ob der Stadtrat nicht glaubwürdiger sei, wenn man ein glaubwürdiges Ziel anstrebe. Des Weiteren möchte er noch eine Antwort von Herrn Bolle auf seine Frage erhalten, wie viele Haushalte in Ingolstadt in Zukunft eine Wärmepumpe benötigen werden. Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der FW-Stadtratsfraktion ziele darauf ab, dass der Stadtrat einen Investitionsplan für das Erreichen des Klimaschutzziels vorgelegt bekomme. Anhand eines solchen Plans könnte der Stadtrat gemeinsam entscheiden, zu welchem Zeitpunkt man das Klimaschutzziel schaffen würde. Insofern könnte Herr Bolle auch noch einmal darstellen, mit welcher Investitionssumme allein die Stadt Ingolstadt bei diesem Thema rechnen müsse, so Stadtrat Böttcher.

Herr Bolle berichtet, dass im Prüfgebiet für die Umstellung auf Wärmepumpe beziehungsweise auf die Nutzung von Wasserstoff 19.000 Gebäude liegen. Hierbei sei es ein Unterschied, ob man diese Umstellung innerhalb von 10 oder 20 Jahren abwickeln

müsse. Derzeit haben die Stadtwerke Ingolstadt noch nicht geprüft, ob die Handwerkerkapazität für eine solche Umrüstung ausreiche. Hierzu könne Herr Bolle noch keine Aussage tätigen, da man noch nicht abschließend wisse, wie viele Haushalte auf eine Wärmepumpe umstellen müssen und wie viele man mit Wasserstoff versorgen könne. Hinsichtlich der Investitionen führt Herr Bolle aus, dass man hierzu auch noch keine abschließende Aussage treffen könne, solange man keine Planung mit belastbaren Zahlen vorliegen habe. Herr Bolle teilt mit, dass man mit einem solchen Plan nach der Sommerpause des Stadtrates rechnen könne.

Stadtrat Böttcher möchte in Erfahrung bringen, was die Stadtwerke Ingolstadt zu einem Bürger sagen, wenn dieser in zehn Jahren seine Gasheizung abstellen müsse, obwohl er erst vor kurzem in diese Heizung investiert habe. Von daher müsste bis zum Jahr 2035 die Versorgung mit Wasserstoff unbedingt stehen.

Herr Bolle führt aus, dass der Bund nach der aktuellen Gesetzeslage die Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 anstrebe. Darüber hinaus könne man derzeit niemanden dazu zwingen, auf eine Wärmepumpe umzustellen. Sofern ein entsprechendes Gesetz durch den Bund beschlossen werde, müsse man den Gesetzestext sowie den darin enthaltenen Pfad sehr genau prüfen. Was das Thema Abschaltungen von Heizungen angehe, müsse man sich dann als Stadtwerke Ingolstadt auch an einen solchen Pfad halten. Allerdings müsse man dafür sorgen, dass die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung erhalten bleibe. Im Energiebereich könne man feststellen, dass man mit Verboten bei der Bevölkerung eher eine ablehnende Haltung auslöse. Insofern müsse man die Bürgerinnen und Bürger mit sinnvollen Argumenten von einer Umstellung überzeugen. Dies werde allerdings eine Herausforderung sein, da die Preise wahrscheinlich steigen werden, anstatt zu sinken. Zumal die Stadtwerke Ingolstadt mit den Kunden in den jeweiligen Gebieten nur sprechen und sie nicht zu einem Vertragsabschluss zwingen können. Deshalb hänge von diesem Thema auch die Wirtschaftlichkeit der Stadtwerke Ingolstadt immens ab, erklärt Herr Bolle. Aus diesem Grund müsse man einen guten Vertrieb haben und dem Kunden überzeugende Argumente liefern.

Stadträtin Leininger schildert, dass die Partei Alternative für Deutschland (AfD) nach ihrem Parteiprogramm zu folge den Klimaschutz auf null setzen möchte. Insofern sei sie darüber verwundert, dass Stadtrat Bannert in der heutigen Ausschusssitzung für die Beibehaltung des städtischen Klimaschutzziels 2035 plädiere.

Stadtrat Bannert entgegnet, dass er als gewählter Stadtrat den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Ingolstadt gegenüber verantwortlich sei. Gerade bei umweltpolitischen Themen habe er deshalb nie einen besonderen Wert auf die Vorgaben aus den Parteiprogrammen aus Berlin gelegt. Darüber hinaus erklärt Stadtrat Bannert, dass er hinsichtlich der Zukunft auch gegenüber seiner Familie eine Verantwortung besitze.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0012/25:

Gegen zwei Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.